

An Ägyptens Politik im Gaza-Konflikt scheiden sich die Geister. Für viele arabische Beobachter hat sich die ägyptische Regierung durch eine Parteinahme für Israel zum Verräter an der palästinensischen Sache gemacht. Europäische und amerikanische Diplomaten geben sich hingegen in Kairo die Klinke in die Hand und preisen das Land am Nil als wichtigen Vermittler. Israel und die Hamas versuchen derweil, mit Kairos Hilfe aus dem unklaren Ergebnis des knapp dreiwöchigen Gaza-Krieges jeweils das Beste herauszuholen. Wie auch immer letztlich die Einschätzung der ägyptischen Diplomatie ausfallen wird: In einer schwierigen Gemengelage von innenpolitischen Herausforderungen und außenpolitischen Erwartungen verlangt der Gaza-Konflikt dem Land am Nil einen riskanten Balance-Akt ab.

Die ungewollte Grenze

Die heutige Grenze zwischen Ägypten und dem Gaza-Streifen wurde bereits 1906 vertraglich zwischen dem Osmanischen Reich und Ägypten festgelegt und stellt daher keine koloniale Grenzziehung dar. Nach der osmanischen Niederlage im Ersten Weltkrieg wurde das Gebiet 1922 Teil des britischen Völkerbundsmandats für Palästina. Der UN-Teilungsplan von 1947 sah das Territorium dann als Teil eines zukünftigen Staates Palästina vor. Im Laufe des arabisch-israelischen Krieges, der nach Ablehnung des UN-Teilungsplanes durch die arabischen Staaten ausbrach, besetzten schließlich ägyptische Truppen den heuti-

gen Gaza-Streifen. Weil Israel das Gebiet um Gaza zunächst nicht als Staatsgebiet beanspruchte, bestätigte das ägyptisch-israelische Waffenstillstandsabkommen vom Juli 1949 diese „Zuständigkeiten“. Erst jetzt konnte vom Gaza-Streifen als politisch-geografischem Gebiet in seiner heutigen Form gesprochen werden.

Trotz einer vorübergehenden israelischen Besetzung im zweiten arabisch-israelischen Krieg 1956 blieb der Gaza-Streifen bis 1967 unter ägyptischer Verwaltung. Anders als Jordanien, das die Westbank annektierte und zahlreichen Palästinensern jordanische Pässe ausstellte, blieb das Gebiet für Ägypten „verwaltetes Ausland“. Die Bewohner blieben formell staatenlos. Die ägyptische Verwaltung endete, als der Gaza-Streifen und die Sinai-Halbinsel im Juni-Krieg 1967 von Israel erobert wurden. In den ägyptisch-israelischen Friedensverhandlungen der Jahre 1978/79 war dann nicht nur eine Rückgabe des Sinai an Ägypten Gegenstand, sondern auch ein Autonomiestatus für die Westbank und den Gaza-Streifen. Schnell wurde allerdings klar, dass sowohl Ägypten als auch Israel die politischen Prioritäten auf die Klärung bilateraler Fragen legten und an einer Autonomieregelung für die Palästinenser kein nachhaltiges Interesse hatten. Die Vernachlässigung dieser Frage seitens der Ägypter war der Auslöser für den auch jetzt wieder laut gewordenen Vorwurf in der arabischen Welt, Ägypten habe die palästinensischen Interessen für einen Separatfrieden mit Israel „verraten“.

Erst 1993/94 kam wieder Bewegung in die Statusfrage des Gaza-Streifens. Angesichts der gravierenden sozialen, ökonomischen und politischen Probleme des Gebiets war Israel bereits seit geraumer Zeit daran interessiert, die Verantwortung für den Gaza-Streifen abzugeben. Das israelische Interesse am „Gaza-Jericho-Abkommen“, das unter anderem einen Autonomiestatus für Gaza vorsah, bestand daher primär in der Übergabe der politischen Verantwortung für den dicht besiedelten Unruheherd an die Palästinenser. Realpolitisch betrachtet, diente der Osloer Friedensprozess daher nicht zuletzt der „politischen Verselbstständigung“ eines Gebiets, an dem weder Israel noch Ägypten Interesse hatte. Da Israel aber nach wie vor die Grenze zwischen Gaza-Streifen und Ägypten bei Rafah kontrollierte, blieb für Ägypten zunächst alles beim Alten.

Dies änderte sich erst, als Israel im Sommer 2005 seinen vollständigen Rückzug aus Gaza umsetzte. Zum ersten Mal standen die ägyptischen Grenzer am Übergang von Rafah palästinensischen Kollegen gegenüber. Für Kairo entstand nun schnell die Notwendigkeit, einerseits seine Souveränität zu wahren, zum anderen einen geregelten Grenzverkehr mit funktionierenden Regeln und Strukturen auf der anderen Seite der Grenze zu gewährleisten. Ägypten bemühte sich daher um die Vermittlung einer bilateralen Grenzvereinbarung zwischen Israelis und Palästinensern, an der es als Vertragspartner selbst nicht beteiligt werden sollte. Ergebnis dieser Bemühungen war das israelisch-palästinensische Grenzabkommen vom 15. November 2005. Dieses Abkommen sollte mit Unterstützung europäischer Polizeikräfte (der sogenannten „EU BAM Rafah“) die Grenze sichern und die Modalitäten des Grenzübertritts am Übergang Rafah regeln. Bereits damals bestand Ägypten auf zwei Positionen, die auch im jüngsten Gaza-Konflikt

von zentraler Bedeutung sein sollten: erstens keine fremden Truppen auf ägyptischem Gebiet und zweitens keine ägyptische Verantwortung für palästinensisches Gebiet.

Wachsende arabische Kritik

Der Wahlsieg der Hamas Anfang 2006 und die zunehmenden innerpalästinensischen Auseinandersetzungen führten allerdings schnell zu einer zeitweiligen Aussetzung der EU-Mission. Mit der Machtübernahme der von der EU als Terrororganisation eingestuftes Hamas wurde die Mission Mitte Juni 2007 ausgesetzt. Im September 2007 riegelte Israel den Gaza-Streifen schließlich weitgehend ab, um die Hamas zur Einstellung des Raketenbeschusses auf israelisches Gebiet zu zwingen. Diese Abriegelung hatte eine Verschärfung der humanitären Lage im Gaza-Streifen zur Folge und führte dazu, dass Ägyptens Politik der Grenzschießung immer stärker in die Kritik der innenpolitischen Opposition und der arabischen Nachbarstaaten geriet. Gleichzeitig sorgte die Versorgung des Gaza-Streifens durch eine immer größer werdende Zahl an Tunneln unter dem Grenzzaun für Zweifel an der Durchsetzungsfähigkeit des ägyptischen Regimes. Als die Hamas im Januar 2008 dann auch noch den Grenzzaun nach Ägypten einriss und für chaotische Zustände im Grenzgebiet sorgte, sah sich Kairo zum Handeln gezwungen. Vermittlungsbemühungen zwischen der Hamas einerseits und Israel andererseits führten im Juni zum Abschluss eines sechsmonatigen Waffenstillstandsabkommens. Für Ägypten bedeutete dies allerdings nur eine Atempause. Mit dem Auslaufen des Waffenstillstands am 19. Dezember und der Weigerung der Hamas, einer von Kairo vermittelten Verlängerung zuzustimmen, geriet Ägypten in eine immer schwierigere Lage.

Der Beginn der israelischen Luftoffensive gegen Stellungen der Hamas im Gaza-Streifen am 27. Dezember brachte auch Ägypten und seine Politik gegenüber Israel und der Hamas ins politische Visier. In der ägyptischen Öffentlichkeit und bei den arabischen Nachbarn kam schnell der Vorwurf auf, die Mubarak-Regierung billige insgeheim den israelischen Angriff. Hintergrund war eine Reihe von Beobachtungen und Vermutungen: Außenminister Abul Gheit hatte öffentlich verkündet, dass die Hamas Israel zum Angriff provoziert habe, und hiermit einen Sturm der Entrüstung losgetreten. Gleichzeitig kamen Gerüchte auf, nach denen der ägyptische Geheimdienst gezielt Desinformationen an die Hamas weitergeleitet habe, um diese über den bevorstehenden Angriff Israels im Unklaren zu lassen. Schließlich wurde Mubarak vorgeworfen, dass er einen Tag vor Beginn der Kampfhandlungen von der israelischen Außenministerin Livni über die bevorstehenden Angriffe informiert worden sei und diese Information nicht an die Palästinenser weitergegeben habe. Mubarak und Abul Gheit wiesen diese Vorwürfe zwar umgehend zurück, die für viele Ägypter beschämenden Bilder vom Händedruck Mubaraks und Livnis einen Tag vor Ausbruch der Kampfhandlungen waren vielen Beobachtern aber genug Beleg für eine ägyptisch-israelische Komplizenschaft.

Der Druck auf die ägyptische Regierung wuchs weiter, nachdem Kairo deutlich gemacht hatte, dass man die Grenze zum Gaza-Streifen auch weiterhin geschlossen halten werde und nur einigen Schwerverletzten den Übertritt gestatte. Die oppositionelle Muslimbruderschaft nutzte dies, um innenpolitisch gegen die Regierung Stimmung zu machen. Im ägyptischen Parlament kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, die öffentliche Debatte um die ägyptischen Erdgas-Lieferungen nach Israel nahm deutlich an

Schärfe zu, und in fast allen größeren Städten des Landes wurde zu Massendemonstrationen aufgerufen. Angeheizt wurde die Kritik an der ägyptischen Regierung aber nicht zuletzt von außen. Bereits am 28. Dezember hatte der Generalsekretär der libanesischen Hisbollah, Hassan Nasrallah, das ägyptische Regime als „Komplizen Israels“ beschimpft. Anfang Januar häufte sich dann auch auf dem Satellitensender „Al-Dschasira“ die Kritik an der ägyptischen Gaza-Politik. Im syrischen Fernsehen wurde Präsident Mubarak indirekt als Despot, Trunkenbold und Verräter karikiert. Am 3. Januar legte dann ein sunnitischer Prediger im libanesischen Fernsehen mit einer Verunglimpfung Abul Gheits derart heftig nach, dass selbst regierungsferne Ägypter dies als nationale Beleidigung empfanden.

Diese massive arabische Kritik an Ägypten und die Übergriffe gegen ägyptische Vertretungen in mehreren arabischen Ländern führten dann zu einem Stimmungsumschwung im Land am Nil. Viele Ägypter empfanden es als ungerecht, dass ihrem Land eine Mitschuld am Gaza-Krieg vorgeworfen wurde, während sich die arabischen Nachbarn auf Protest- und Betroffenheitsbekundungen beschränkten. Regierungsnahe Zeitungen warfen den arabischen Kritikern Einmischung in innere Angelegenheiten vor. Gleichzeitig mehrten sich in Kairo – wohl auch von staatlichen Stellen unterstützte – Demonstrationen vor den Botschaften anderer arabischer Staaten. Ungeachtet der fortgesetzten Solidarität mit den Palästinensern, war vielerorts in Ägypten die Wut auf das eigene Regime der Wut auf die arabischen Nachbarn gewichen.

Diplomatische Offensive

Die ägyptische Regierung nutzte diesen Stimmungsumschwung, um innen- und außenpolitisch die Initiative zu ergreifen und auf eine schnelle Beilegung der

Kampfhandlungen hinzuarbeiten. Hierfür gab es eine Vielzahl von Gründen: Jede militärische Auseinandersetzung zwischen Israel und den Palästinensern erinnert die eigene Bevölkerung an den unpopulären ägyptisch-israelischen Friedensschluss. Jenseits der Grenze zum Gaza-Streifen wartet die mit den ägyptischen Muslimbrüdern und dem Iran verbündete Hamas auf eine Gelegenheit, das ägyptische Regime als Verbündeten des Westens und Israels vorzuführen. Chaotische Zustände an der Grenze stellen die Durchsetzungsfähigkeit des ägyptischen Staates infrage. Die ohnehin unruhigen Beduinen auf dem Sinai könnten die Gelegenheit zu weiteren Anschlägen nutzen, und das Tourismusgeschäft auf dem Sinai ist in Krisenzeiten von massiven Einbußen bedroht. Präsident Mubarak erklärte deshalb im Staatsfernsehen, man werde zwar alles tun, um den Not leidenden Palästinensern zu helfen, dabei aber nicht in die „israelische Falle“ einer Grenzöffnung tappen. Diese, so Mubarak, würde von Israel zu einer dauerhaften Vertreibung von Palästinensern nach Ägypten missbraucht werden. Bei den meisten Ägyptern traf er damit auf – wenn auch oft stillschweigende – Zustimmung. Auf Ägyptens Straßen und vor allem in Kairo hatte die gut ausgerüstete „Riot Police“ derweil dafür gesorgt, dass keine Demonstrationen mehr das Bild von Ägyptens Rolle als Vermittler störten. Ganz nebenbei wurden dabei Hunderte Anhänger der Muslimbruderschaft hinter Schloss und Riegel gebracht.

Auch außenpolitisch ging Ägypten jetzt in die Offensive. Am 5. Januar traf die EU-Troika im Land ein, um über die Möglichkeiten eines Waffenstillstands zu beraten. Einen Tag später schlug Mubarak zusammen mit Frankreichs Staatschef Sarkozy eine Waffenruhe vor, die eine Feuerpause, Hilfslieferungen und Gespräche über eine Aufhebung der Blockade vorsahen. Unterstützung für Mu-

baraks Initiative kam nicht nur von der EU, sondern auch von den USA, der UNO und von Palästinenserpräsident Abbas. Auch bei Israel und der Hamas gab es zunächst vorsichtig positive Reaktionen auf den ägyptisch-französischen Vorstoß. Kurzzeitig sah es so aus, als ob alle Fäden einer Waffenstillstandslösung für den Gaza-Streifen in Kairo zusammenliefen.

Enger Spielraum

Die Hoffnungen auf eine von Ägypten vermittelte Waffenruhe wurden aber schnell enttäuscht. Die Kämpfe dauerten noch eine weitere Woche an und kamen schließlich nicht auf ägyptische Vermittlung, sondern als Ergebnis unilateraler Entscheidungen seitens Israels und der Hamas zum Stillstand. Plötzlich stand Ägyptens Rolle als zentraler Vermittler zwischen Israel, den Palästinensern und den arabischen Nachbarstaaten auf dem Spiel. Diese Rolle als moderierender Akteur in der Region ist vor allem für die ägyptisch-amerikanischen Beziehungen entscheidend. Ägypten ist nach Israel der zweitgrößte Empfänger US-amerikanischer Auslandshilfen weltweit. Die USA sind der größte Handelspartner Ägyptens und für mehr als ein Drittel aller Auslandsinvestitionen im Land verantwortlich. Sowohl die frühere Außenministerin Rice als auch der neue Nahost-Sonderbeauftragte der US-Regierung, George Mitchell, machten deshalb während des Konflikts deutlich, dass sie von Ägypten eine ausgleichende Rolle erwarten. Kairo bemühte sich daher umgehend, als zentraler Vermittler im Rennen zu bleiben, und kündigte für den 22. Januar weitere Gespräche zwischen einer israelischen Delegation und der Hamas in Kairo an. Was über diese Gespräche bekannt wurde, ließ Ägypten allerdings kaum als erfolgreichen Vermittler dastehen. Statt mit ägyptischer Hilfe untereinander zu verhandeln, sollen Israel und die Hamas versucht haben, durch Druck auf Ägyptens

Grenzpolitik aus dem unklaren Ergebnis des Gaza-Krieges jeweils das Beste herauszuholen.

Tatsächlich spielt Ägypten sowohl im Kalkül Israels als auch der Hamas eine wichtige Rolle – allerdings nicht als Vermittler, sondern als Grenzposten. Israel geht es im Gaza-Krieg vor allem um eine Einstellung des Raketenbeschusses durch die Hamas. Da deren Waffennachschub hauptsächlich durch die Tunnel im ägyptisch-israelischen Grenzgebiet organisiert wird, liegt hier auch ein wichtiger Schlüssel zur Lösung des israelischen Sicherheitsproblems. Ägypten verspricht zwar immer wieder eine effektivere Unterbindung des Tunnel-Schmuggels, kann hierbei bislang jedoch keine Erfolge vorweisen. Aber auch die Hamas braucht den Grenzübergang nach Ägypten. Ihr Status im Gaza-Streifen beruht nicht nur auf ihrer Rolle als „Widerstandsorganisation“, sondern auch auf der Fähigkeit, die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Mit dem unklaren Ausgang des Gaza-Krieges ist gerade die Versorgungsfrage zu einer wichtigen Legitimitätsressource der palästinensischen Terrororganisation geworden. Die Hamas drängt daher massiv auf eine Öffnung der Grenze nach Ägypten und weiß hierbei die öffentliche Meinung in vielen arabischen Staaten auf ihrer Seite.

Ägypten hat auf diese komplizierte Erwartungshaltung bislang mit einer festen Rechtsposition reagiert. Argumentationsgrundlage ist das Grenzabkommen von 2005. Für Kairo handelt sich hierbei um einen nach wie vor gültigen völkerrechtlichen Vertrag, für den nicht die jeweiligen Machthaber im Land (die Hamas), sondern die legitime Vertretung des Staates (die Palästinensische Autonomiebehörde) verantwortlich sei. Ferner setzt

eine Öffnung der Grenze die Anwesenheit einer „dritten Partei“ als unabhängiger Beobachter voraus. Kairos „dreifaches Nein“ in der Grenzfrage (keine Grenzöffnung, keine fremden Truppen auf eigenem Gebiet, keine eigenen Truppen auf palästinensischem Gebiet) wird sich aber nicht mehr lange aufrechterhalten lassen. Die Hamas ist aus dem Krieg nicht so geschwächt hervorgegangen, wie viele in Kairo insgeheim gehofft hatten. Eine von Ägypten favorisierte Machtübernahme der Palästinensischen Autonomiebehörde in Gaza ist unwahrscheinlicher denn je. Die arabische Welt ist zerstritten und gespalten. Andere regionale Vermittler wie die Türkei und Saudi-Arabien gewinnen an Boden. Und die Tunnelbauer in Rafah sind längst wieder am Werk.

Der diplomatische Spielraum wird für Kairo daher kleiner. Vermutlich wird Ägypten sogar kurzfristig nicht um eine kontrollierte Grenzöffnung und eine Einbindung in ein multilaterales Grenzregime herumkommen. Das ist zwar nicht Kairos Wunschoption, kann – klug gemanagt – aber durchaus an der innenpolitischen Front Ruhe bringen und das internationale Image des Landes verbessern. Dass man hierfür unter Umständen in den sauren Apfel einer engeren Zusammenarbeit mit der Hamas beißen müsste und weiterhin in Teilen der arabischen Welt als Kollaborateur Israels beschimpft würde, kann Ägyptens Präsident verschmerzen. Auf Kairos Straßen ist man sich ohnehin sicher, dass Hosni Mubarak neben der Inthronisierung seines Sohnes als Nachfolger nur noch ein weiteres Ziel vor Augen habe: den Friedensnobelpreis. Ob er diesen für seine Gaza-Diplomatie erhalten wird, bleibt vorerst offen.